Deutscher Bundestag **Drucksache 17/7824**

17. Wahlperiode 22. 11. 2011

Antrag

der Abgeordneten Uta Zapf, Doris Barnett, Dr. h. c. Gernot Erler, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Ute Kumpf, Dr. Rolf Mützenich, Thomas Oppermann, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD
sowie der Abgeordneten Viola von Cramon-Taubadel, Volker Beck (Köln), Marieluise Beck (Bremen), Kai Gehring, Thilo Hoppe, Uwe Kekeritz, Katja Keul, Ute Koczy, Tom Koenigs, Agnes Malczak, Kerstin Müller (Köln), Omid Nouripour, Lisa Paus, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt, Hans-Christian Ströbele und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die OSZE ausbauen und stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit 1975 die „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" ins Leben gerufen wurde, hat sich die aus ihr hervorgehende Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zum wichtigsten Forum für gesamteuropäische Sicherheitszusammenarbeit entwickelt. Die Zusammenarbeit im Rahmen der drei Dimensionen (Politisch-Militärische Dimension, Wirtschafts- und Umweltdimension und Menschliche Dimension) war wegweisend für viele spätere Ansätze regionaler Zusammenarbeit (einschließlich der MENA-Region, MENA – Middle East and North Africa) und hat zum Aufbau erfolgreicher Instrumente ziviler Krisenprävention geführt.

Als Verhandlungs- und Konsultationsrahmen für kooperative multilaterale Sicherheit hat sie bei vertrauensbildenden Maßnahmen und Transparenz, durch konventionelle Abrüstung und die Unterstützung beim Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen und die Hilfe bei der Umsetzung menschenrechtlicher Normen die Stabilität und Sicherheit ihrer jetzt 56 Teilnehmerstaaten gefördert. Nach Erfolgen in den 90er-Jahren befindet sich die OSZE heute jedoch in einer Krise. Angesichts der zunehmenden Bedeutung von Regionalzusammenschlüssen innerhalb der UNO (vgl. Kapitel VIII der Satzung der Vereinten Nationen) für eine erfolgreichere Friedensarbeit muss diese Krise dringend überwunden werden.

Die neu entfachte Diskussion über neue Sicherheitsstrukturen (Korfu-Prozess und die Ergebnisse der Gipfeldiskussion in Astana) ist für die OSZE eine große Chance, ihre Rolle als wichtigstes Forum gesamteuropäischer Sicherheit und Kooperation zurückzugewinnen. Die geografische Ausdehnung der OSZE umfasst Europa, Nordamerika, Russland und Zentralasien und damit einen für Gesamteuropa sicherheitsrelevanten Raum. Die Entspannung zwischen den USA und Russland sowie die Wiederannäherung zwischen Russland und der NATO haben zudem einen dynamischen Dialogprozess in der OSZE begünstigt.

Insbesondere die Einführung der „Menschlichen Dimension", die 1989 mit dem Abschlussdokument der dritten Folgekonferenz in Wien beschlossen

wurde, war ein großer Erfolg für die Menschenrechte; das Konzept der „Menschlichen Dimension“ des dritten Korbs der OSZE beinhaltet die Verpflichtung, die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu achten. Der Menschlichen Dimension liegt die Erkenntnis zu Grunde, dass stabile Sicherheit nicht ohne Achtung der Menschenrechte und intakte demokratische Institutionen erlangt werden kann.

Anfang Dezember 2010 fand in Astana unter kasachischem Vorsitz zum ersten Mal seit zehn Jahren ein OSZE-Gipfeltreffen statt, das neue Impulse zur Weiterentwicklung der OSZE gegeben hat. Seit dem letzten Gipfel in Istanbul 1999 hat es zwischen den Teilnehmerstaaten eine zunehmende Uneinigkeit über die Aufgaben der OSZE und ihr politisches Gewicht gegeben. Wahlbeobachtungen, Feldmissionen und das Drängen auf Einhaltung der Menschenrechte gerieten besonders bei den Folgestaaten der Sowjetunion in die Kritik und die vertrauensbildenden Maßnahmen (Wiener Dokument – WD – 1999) stagnierten, während das Forum für Sicherheitskooperation unumstritten blieb.

Die Nichtratifizierung des adaptierten Vertrages über Konventionelle Streitkräfte in Europa (AKSE-Vertrag) und die Suspendierung des KSE-Vertrages durch Russlands, die ungelösten Konflikte innerhalb oder zwischen OSZE-Staaten (Berg-Karabach, Transnistrien, Georgien – Abchasien/Südossetien) und die neuen Herausforderungen und Gefahren (z. B. Terrorismus, Cybersicherheit, Menschenhandel) erfordern einen neuen Sicherheitsdialog in der OSZE, der maßgeblich dazu beitragen kann, dass die OSZE sich wieder zu einem wesentlichen Element gesamteuropäischer Sicherheit entwickelt.

Auf dem Gipfel von Astana haben alle Mitgliedstaaten ihr Bekenntnis zu den Prinzipien der OSZE erneuert. Dazu gehört auch ein klares Bekenntnis zu der „Menschlichen Dimension“ der OSZE. Es ist als Erfolg zu werten, dass die Nachfolgestaaten der Sowjetunion sich dabei erstmals formal zu den Prinzipien der OSZE bekannt haben. Darüber hinaus wurde erstmals in einem Abschlussdokument das Ziel einer Sicherheitsgemeinschaft erwähnt.

Den Anstoß zu diesem notwendigen neuen Sicherheitsdialog gab auch der Vorschlag des russischen Präsidenten Dimitri Medwedew zu einem „Europäischen Sicherheitsvertrag“, der „unteilbare Sicherheit“ für alle Teilnehmerstaaten gewährleisten soll. Die OSZE hat ihn im sogenannten Korfu-Prozess aufgegriffen. Der russische Vorschlag berührt Kernaufgaben der OSZE wie Konfliktprävention, Krisenmanagement und Konfliktlösung. Er bietet jedoch keine befriedigende Antwort auf die Frage, welche Rolle die NATO und die EU (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik/Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik) in diesem Sicherheitsheitssystem einnehmen sollen. Daher sollte der Dialog über eine europäische Sicherheitsarchitektur nicht nur in der OSZE, sondern auch im NATO-Russland-Rat geführt werden.

Die OSZE hat unter griechischem Vorsitz im Dezember 2009 den Korfu-Prozess in Gang gesetzt. Ein umfassender und transparenter Dialog hat es den Teilnehmerstaaten ermöglicht, ihre Anliegen und Vorschläge zur Stärkung der europäischen Sicherheit einzubringen. Der kasachische Vorsitz hat diese Vorschläge in einem Zwischenbericht im Juli 2010 vorgelegt.

Ein Aktionsplan zu allen drei OSZE-Dimensionen wurde in Astana nicht verabschiedet, aber die OSZE hat in Astana den Auftrag erteilt, einen überarbeiteten Aktionsplan vorzulegen, der auf dem Ministerratstreffen im Dezember 2011 beraten werden soll.

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODHIR) ist die bedeutendste Institution für die Menschliche Dimension der OSZE. Es liegt im Interesse aller Mitgliedstaaten, für eine Stärkung dieser Institution einzutreten, um die Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten im OSZE-Raum zu unterstützen. Insbesondere mit Hilfe des/der Beauftragten für Medienfreiheit

muss es weiterhin das Bestreben der OSZE sein, die Medien- und Pressefreiheit wieder stärker in den Fokus der dritten Dimension zu rücken.

II. Der Deutsche Bundestag bedauert,

dass es in Astana nicht gelungen ist, den Aktionsplan für die drei Dimensionen der OSZE zu verabschieden.

III. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass

- im Korfu-Prozess die Diskussion zur Stärkung und Verbesserung der europäischen Sicherheitsstrukturen aufgegriffen und vorangetrieben wurde,
- in der Gipfelerklärung von Astana die wichtigsten OSZE-Grundsätze von allen Teilnehmerstaaten bekräftigt wurden.

IV. Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen der EU und der OSZE

- sich verstärkt auf höchster politischer Ebene für die Stärkung der OSZE einzusetzen,
- sich für die Entwicklung der OSZE als Sicherheits- und Friedensgemeinschaft einzusetzen,
- sich für eine Einigung über den bereits erarbeiteten Aktionsplan für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und seine Umsetzung stark zu machen,
- die strittigen Punkte des Aktionsplans zu diskutieren und zu bearbeiten und hierfür konkrete Vorschläge vorzulegen,
- sich weiterhin für die Erarbeitung einer substanziellen Agenda und für konkrete Aufträge für einen Aktionsplan einzusetzen,
- sich im Rahmen der OSZE aktiv und mit eigenen Konzepten an einem substanziellen Dialog mit Russland über eine umfassende europäische Sicherheitsarchitektur zu beteiligen und Verhandlungen über eine Charta der OSZE zu unterstützen sowie im NATO-Russland-Rat einen Dialog über eine europäischen Sicherheitsarchitektur zu führen,
- mit engagierten Maßnahmen für den Erhalt der sicherheitspolitischen Standards der konventionellen Rüstungskontrolle zu werben und mit unseren Partnern abgestimmte Initiativen für neue Schritte bei der konventionellen Rüstungskontrolle und Abrüstung für Europa vorzulegen,
- substanzielle Beiträge zur Modernisierung des Wiener Dokuments 1999 (WD 99) über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen beizusteuern, wie eine Absenkung der Schwellenwerte für Notifizierung von Militärmanövern, eine Erhöhung der Inspektionsquoten, eine Vergrößerung der Inspektions- und Evaluierungsteams und die Einbeziehung anderer Kategorien in das Dokument wie Trägermittel, Rapid Reaction Forces oder Marinestreitkräfte,
- mit gleichem Nachdruck für einen umfassenden abrüstungs- und rüstungskontrollpolitischen Ansatz im OSZE-Raum zu werben und neue Gespräche und Verhandlungen voranzutreiben, um das konventionelle Rüstungskontrollregime in Europa zu stärken und für das 21. Jahrhundert zu modernisieren,
- grenzüberschreitenden Herausforderungen wie Terrorismus, organisierter Kriminalität, Menschenhandel sowie sicherheitsrelevanten Aspekten der Energiesicherheit und des Klimawandels stärkere Aufmerksamkeit zu widmen,
- die existierenden und bewährten Instrumente der drei Dimensionen zu festigen und weiterzuentwickeln,

- den Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit (1994) durch eine bessere Implementierung zu stärken,
- die Beratungen zu einer Kleinwaffenkonvention voranzutreiben und alle OSZE-Teilnehmerstaaten zum Beitritt zur Landminen- und zur Streumunitionskonvention aufzufordern,
- im Rahmen eines verstärkten Dialogs auch Militärdoktrinen und Verteidigungsplanung einzubeziehen,
- die Rolle der OSZE bei Frühwarnung, Krisenprävention und Krisenbewältigung zu stärken und auszubauen und die Instrumente zur schnelleren Krisenreaktion weiterzuentwickeln sowie die Vernetzung mit der EU und UNO in diesen Bereichen voranzutreiben,
- die Feldmissionen der OSZE zu stabilisieren, die eine wichtige Rolle bei Kriseninterventionen, beim Monitoring, aber auch bei Polizeiaktionen haben, und sie noch stärker auf neue transnationale Gefahren und Herausforderungen auszurichten (organisierte Kriminalität, Menschenhandel, Geldwäsche und Drogenhandel),
- sich intensiv um die Stärkung der OSZE im Bereich Konfliktprävention zu bemühen,
- für die Regelung von ungelösten Konflikten (Berg-Karabach, Georgien – Abchasien/Südossetien – Transnistrien) und „neuen“ Konflikten (Kirgisistan) politische Lösungen zu unterstützen,
- eine stärkere Kooperation bei der Analyse und der Entwicklung von Gegenstrategien gegen neue grenzüberschreitende Gefahren (einschließlich Cyber-Angriffe) anzustreben,
- sich in der menschlichen Dimension für die Stärkung des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte in Warschau sowie der Beauftragten für Medienfreiheit (Wien) und des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten (Den Haag) einzusetzen und die Fortentwicklung der Aktivitäten zur Wahlbeobachtung zu unterstützen,
- darauf zu bestehen, dass die Menschliche Dimension der OSZE gleichberechtigter Bestandteil der Organisation bleibt,
- die Entwicklung stärkerer Instrumente in der Menschlichen Dimension zu unterstützen, um die OSZE-Verpflichtungen umzusetzen, insbesondere durch ein Evaluierungsgremium und durch verstärkte Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen,
- sich dafür einzusetzen, dass mit Hilfe des/der Beauftragten für Medienfreiheit die Medien- und Pressefreiheit wieder stärker in der Fokus der dritten Dimension gerückt wird und seine/ihre Arbeit größtmögliche Unterstützung erhält,
- die zweite Dimension der Umwelt- und Wirtschaftsthemen insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Konfliktprävention zu stärken (Energiesicherheit, Wassermanagement, Klimawandel).

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Deutschen Bundestag kontinuierlich über die Fortschritte des Sicherheitsdialoges und bei der Erarbeitung und der Umsetzung eines Aktionsplans zu berichten.

Berlin, den 22. November 2011

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion
Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333